

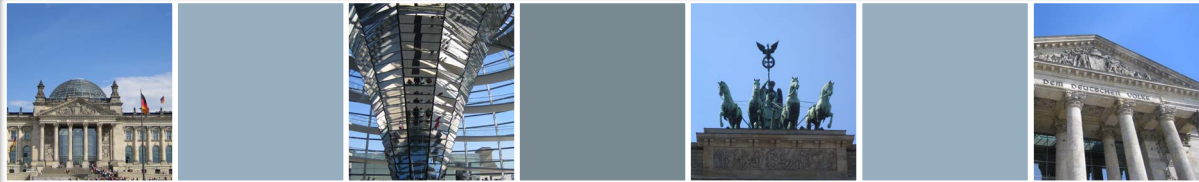
Brief aus Berlin

Ihres Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Stuttgart-Süd
Dr. Stefan Kaufmann

06/2013

22.04.2013

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag



Liebe Leserinnen und Leser,

Aufregerthemen gab es genug in den letzten Wochen – im Bund wie im Land und auch in der Stadt. Im Bund die Frauenquote. Mit den Wilden 13 habe ich koalitionsintern einen anderen, weniger geräuschvollen Weg gewählt. Im übrigen setze ich mich persönlich gerne glaubwürdig an jenen Stellen für eine angemessene Beteiligung von Frauen einsetzen, wo ich Verantwortung trage – zum Beispiel bei der Zusammensetzung unserer Gemeinderatsliste für 2014 oder im CDU-Kreisvorstand. Da sind wir bei fast 45% angekommen. Erfreulich. Und im Land? Da redet die Landesregierung von Bürgerbeteiligung. Und schlägt sich in die Büsche, wenn das Ergebnis Geld kostet – Beispiel Filder-Dialog. Das schadet am Ende der Infrastruktur in Stadt und Region. Ein trauriges Ende des Koalitionsstreits zwischen Grün und Rot. Und in der Stadt? Da entscheidet OB Kuhn zwar juristisch haltbar und verwaltungstechnisch korrekt, aber ohne jedes Fingerspitzengefühl – und ohne die von seiner Partei immer so hochgehaltene Beteiligung der Betroffenen. Kommunikation geht anders. Ich werde jedenfalls alles dafür tun, dass der Fernsehturm als eines unserer bedeutendsten Wahrzeichen in Stuttgart wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Helfen Sie mit!

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich
Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Zypern-Hilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe

Berlin – Der Bundestag hat am letzten Donnerstag mit der Zustimmung zum Rettungspaket für Zypern einen weiteren Schritt zur Stabilisierung der Euro-Zone getan. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble warb in der Debatte mit den folgenden Worten um die Zustimmung: „Es gibt zur Überwindung der Krise nicht die eine einfache Lösung.“ In namentlicher Abstimmung stimmten neben der christlich-liberalen Koalition auch die meisten Abgeordneten von SPD und Grünen für die europäischen Finanzhilfen von bis zu zehn

Milliarden Euro. Aber auch für Zypern gilt: Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe. Damit Zypern neun Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und eine Milliarde vom Inter-

„Es gibt zur Überwindung der Krise nicht die eine einfache Lösung.“
Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble

nationalen Währungsfonds (IWF) erhalten kann, muss das Land selbst den restlichen Finanzbedarf von rund 13 Milliarden Euro schultern. Außerdem muss Zypern – wie die anderen sogenannten Programmländer – wirtschafts- und sozialpo-

litische Reformen durchführen. In Zypern kommen strenge Auflagen zur Restrukturierung des Bankensektors hinzu. Bei Einlagen über 100.000 Euro müssen sich die Kontoinhaber mit erheblichen Summen am Hilfspaket beteiligen. Diese Beteiligung von Anlegern ist bislang einmalig. Richtig ist: Steuerzahler und Staatengemeinschaft dürfen bei einer drohenden Bankenpleite erst an letzter Stelle einspringen. Zuerst kommen die Eigentümer, dann die Fremdkapitalgeber und danach bis zu einer genau definierten Grenze die Einleger.

Union ebnet Weg für mehr Frauen in Aufsichtsräten

Berlin – CDU und CSU ebnet den Weg dafür, dass mehr Frauen in die Kontrollgremien großer Unternehmen gelangen. In einer Debatte zur Frauenquote kündigte Fraktionsvorsitzender Volker Kauder ein Gesetz für die nächste Legislaturperi-

ode an. Danach sollen ab dem Jahr 2020 in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen 30 Prozent der Positionen von Frauen besetzt werden. Wir lassen der Wirtschaft somit bis 2020 Zeit, bevor es ernst wird. Die CDU/CSU-Fraktion lehnte

einen Vorstoß des Bundesrates für eine 20-prozentige Quote bis 2018 und eine 40-prozentige Quote bis 2023 ab. Wir setzen damit zunächst weiter auf Freiwilligkeit. Mit dem innerhalb der Union hart umkämpften Kompromiss kann ich leben.

Plenarrede zum knappen Wohnraum für Studierende



Berlin – Am letzten Donnerstag war ich wieder einmal als Redner im Plenum gefordert. Ich sprach zu einem Antrag der Partei Die Linke mit dem wohlklingenden Titel „Wohn- und Mietsituation von Studierenden verbessern“. Dieser Antrag ist aus meiner Sicht nichts als Populismus. Denn: Die Zustän-

digkeit für den Bau von Wohnheimplätzen liegt seit der Föderalismusreform bei den Ländern. Das weiß auch die Linke. Grundsätzlich besteht Einigkeit: Es fehlen aufgrund des großen Studierendenandrangs Wohnheimplätze. Klar ist auch: zum Studieren gehört ein Dach über dem Kopf. Doch gerade in Rot-Grün regierten Ländern sieht es in diesem Bereich nicht gut aus. In Baden-Württemberg wurde noch unter der CDU-FDP-Regierung die Schaffung von 3.000 neuen Wohnheimplätzen beschlossen. Diese befinden sich auch in Bau.

Dass seit dem Regierungswechsel bei uns im Bildungsbereich massiv gespart wird, ist bekannt. Um was es der Linken im Kern geht, ist nichts weniger als die völlige Verstaatlichung des Wohnungsbaus in Deutschland. Als Beitrag des Bundes habe ich angeregt, Bundesliegenschaften als studentischen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und beim BAföG die Wohngeldhöhe an örtliche Gegebenheiten anzupassen. Hier der Link zur Rede: <http://dbtg.tv/fvid/2298935>

Innovationskraft sichern: Hochschulpakt wird mit Bundesmitteln aufgestockt



Im Gespräch mit Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka

Berlin – In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik ist der Koalition ein weiterer großer Erfolg gelungen. Der sogenannte Hochschulpakt wird mit Bundesmitteln aufgestockt. Darauf

haben sich Bundesbildungsministerin Johanna Wanka und ihre Länderkollegen in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz geeinigt. In den Jahren 2011 bis 2015 wird der Bund 2,2 Milliarden Euro mehr für Hochschulen und Universitäten ausgeben als geplant. Die Länder werden sich mit einer ähnlich hohen Summe beteiligen. Mit dem Geld werden über 600.000 neue Studienplätze geschaffen. Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten wollen dies im Juni endgültig

besiegeln. So erweist sich der Bund einmal mehr als zuverlässiger Partner für Studierende und Hochschulen. Mit dem Hochschulpakt haben wir seit 2007 bereits einige Erfolge erzielt. Allein in der ersten Programmphase von 2007 bis 2010 haben Bund und Länder gemeinsam 185.000 zusätzlichen Studienanfängern ein Studium ermöglicht. In wenigen Jahren ist die Studierquote von 37 Prozent im Jahr 2007 auf 51 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Der Hochschulpakt trägt

dieser – auch von Experten so nicht erwarteten – Entwicklung Rechnung. Die seit 2011 laufende zweite Programmphase setzt dies fort. Der Bund stellt hier allein fünf Milliarden Euro für den Ausbau von Studienangeboten zur Verfügung. Dabei werden die Mittel nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern werden der unterschiedlichen Ausgangslage in den einzelnen Ländern gerecht. So können vor allem auch die ostdeutschen Länder ihr Studienangebot erhalten.

Forschungsministerin Wanka zieht positive Bilanz der Hightech-Strategie

Berlin – Bereits in der letzten Sitzungswoche hat die neue Bundesforschungsministerin Johanna Wanka im Bundestag eine positive Zwischenbilanz der nationalen Hightech-Strategie gezogen. Deutschland gehöre zu den innovativsten Ländern der Erde, sagte sie. Innovation sei die Basis für Wohlstand und Lebensqualität. Obwohl Deutschland nur 1,2 Prozent der Weltbevölkerung stellt, ist

es die viertgrößte Volkswirtschaft. Mit der 2006 ins Leben gerufenen Hightech-Strategie werden erstmals eine Vielzahl von Forschungs- und Innovationsaktivitäten über alle Ressorts hinweg gebündelt. Diese Strategie konzentriert sich nun auf fünf Felder: Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung sowie Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Entdeckerfreude und Innovationsfähigkeit

prägten Deutschlands Bild in der Welt, sagte Wanka. Damit dies so bleibe, gebe der Bund so viel Geld für Forschung und Entwicklung aus wie nie zuvor. 2005 seien es neun Milliarden Euro pro Jahr gewesen; jetzt liege die Summe über 13 Milliarden Euro jährlich. Der Hightech-Strategie zufolge soll der Anteil für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt drei Prozent betragen. Diese Marge

sei mit aktuell 2,9 Prozent fast erreicht, verkündete die Ministerin in ihrer ersten Rede im Bundestag nach der Amtsübernahme. Als Beispiel nannte Wanka das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Auf dem Gebiet der technischen Systeme, die von Rechnern überwacht und gesteuert werden, habe sich Deutschland bereits eine führende Stellung – insbesondere im Automobil- und Maschinenbau – erarbeitet.

Besuch aus Ägypten und Tunesien



Berlin – In der vergangenen und in der laufenden Sitzungswoche begleitet mich Prof. Dr. Hazem Abdelgalil Mostafa Mansour (2.v.r.) von der Cairo University, zugleich der Vizepräsident des ägyptischen Science and Development Fund (STDF), bei meiner Arbeit in Berlin. Die Delegation, die im Rahmen des Programms „Training for Arab Policy Makers in Higher

Education and Sciences“ auf Einladung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) vier Wochen in Deutschland weilt, besteht aus zehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – sieben aus Ägypten und drei aus Tunesien. Mit auf dem Bild auch die Abgeordnetenkollegin und Bildungsausschuss-Vorsitzende Ulla Burchardt (SPD) (2.v.l.).

Ehemalige Daimler-Lehrlinge zu Besuch

Berlin – Das Interesse an der Arbeit eines Bundestagsabgeordneten ist enorm. Es freut mich immer wieder aufs Neue, wenn Besuchergruppen aus Stuttgart nach Berlin kommen, um das Gespräch mit mir zu suchen. In der vergangenen Sitzungswoche hat mich eine Gruppe früherer Daimler-Lehrlinge an meinem Arbeitsplatz besucht. Nach einer Führung durch das Parlament habe ich eine Stunde lang mit den ehemaligen Daimler-Mitarbeitern über meine Arbeit als Abgeordneter gesprochen. Diskutiert haben wir beispielsweise darüber, dass



Europa als Friedensgemeinschaft zu wenig kommuniziert werde. Daneben waren die Chancen der Partei „Alternative für Deutschland“, die aus Sicht der Rentner zu große Zahl von Bundestagsabgeordneten, die Fahrrad-Wege in Stuttgart, die Sperrung des Fernsehturms und nicht zuletzt das Dauerthema Stuttgart 21 Themen unserer munteren Runde.

Problem der Verstaatlichung von Wertstoffsammlungen



Mit Geschäftsführer Stephan Karle vor wertvollem „Abfall“

Stuttgart – Vor wenigen Tagen war ich im Rahmen eines Unternehmensbesuches zu Gast bei der Firma Karle Recycling. Mehr als 5.000 Tonnen Schrott werden am hochmodernen Standort in Stuttgart-Feuerbach jeden Monat unter Einhaltung strengster Umweltstandards verarbeitet. Seit

1948 ist dieses Familienunternehmen in Stuttgart ansässig und beschäftigt in der Unternehmensgruppe rund 100 Mitarbeiter und einige Auszubildende. Geschäftsführer Stephan Karle ist stolz darauf, dass es unter den Mitarbeitern nahezu keine Fluktuation gibt. Die meisten Mitarbeiter, die bei ihm anfangen, gehen auch dort in Rente. Der Anlass des Gesprächs war jedoch ein ernstes Thema: Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) im letzten Jahr kommt es aufgrund der dortigen unbestimmten Rechtsbegriffe in der Umsetzung des Gesetzes durch die Länder bisweilen zu großen Problemen für gewerblichen Entsorgungsunterneh-

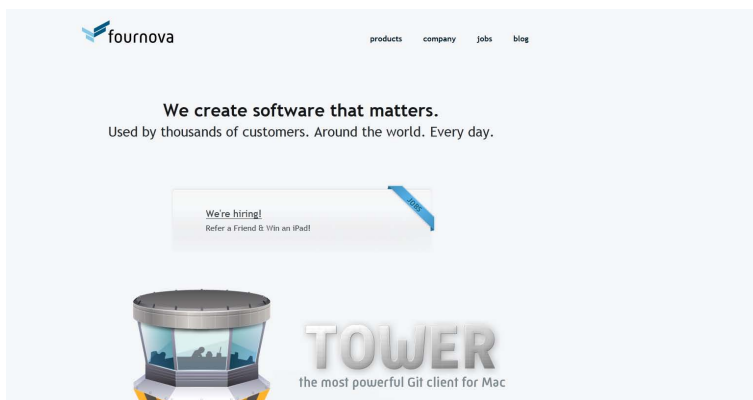
men. Die privatwirtschaftliche Sammeltätigkeit wird durch ein Nahezu-Monopol kommunaler Sammelunternehmen nahezu unmöglich gemacht. Für Privatpersonen besteht sogar eine Überlassungspflicht ihrer Wertstoffe an die Kommunen. Dies erscheint mir sehr problematisch. Privatpersonen erhalten von kommunalen Sammlern keinerlei Vergütung für ihre Rohstoffe; von gewerblichen – wie von Karle – beispielsweise schon. Da die wenigstens Kommunen neben der bloßen Sammlung auch ein entsprechendes Recycling der Rohstoffe vornehmen können, versteigern diese die kostenlos erhaltenen Rohstoffe wiederum meistbietend europaweit. Ich meine, ein staatliches Mo-

nopolssystem bringt dem Bürger kaum Vorteile, statt dessen werden private Wettbewerber verdrängt. Dies fördert nicht gerade die Innovationsfreude und -fähigkeit unseres Mittelstandes.



Von links: Geschäftsführer Stephan Karle, Geschäftsführer Jürgen Karle sowie Dr. Rainer Cosson, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen.

Jungunternehmer-Porträt aus dem Wahlkreis: Die fournova GmbH



Stuttgart – Kaum jemand ahnt, dass sich hinter der Marke “fournova” ein deutsches Unternehmen versteckt. Denn die Kundenliste der Stuttgarter liest sich wie das Who-is-

Who der IT-Branche: Apple, Google, Amazon, Facebook, Ebay. Da wird eher an das Silicon Valley als an den Neckar gedacht. Seit 2010 entwickelt und vertreibt die fournova

GmbH ihre eigenen Software-Produkte. Die Mac-Anwendung “Tower” ist bereits weltweit bei über 25.000 Kunden im Einsatz. Das schwäbische Unternehmen muss sich dabei gegen eine harte internationale Konkurrenz durchsetzen - und das ganz selbstbewusst sogar als teuerste Software im Markt. Derzeit arbeitet das Team um Geschäftsführer Tobias Günther bereits am nächsten Produkt. Dieses Mal aber werden Investoren an Bord sein – denn es soll um einen Markt mit über einer

Milliarde Nutzer gehen. Man will mit Branchenriesen wie Google und Microsoft konkurrieren. „Wir zeigen auch beim nächsten Produkt, dass wir als Stuttgarter Unternehmen im internationalen Software-Markt ein Wörtchen mitzureden haben. Und wir hoffen, dass ein paar süddeutsche Investoren das auch wollen“, so Tobias Günther, Gründer und Geschäftsführer der fournova GmbH. Weitere Informationen zum Unternehmen unter: www.fournova.com

Einladung zur Bürgersprechstunde in Stuttgart-Nord

Einmal im Monat führe ich in wechselnden Stadtbezirken meines Wahlkreises eine Bürgersprechstunde durch – unkompliziert und ohne Voranmeldung. Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde am **Freitag, den 26. April 2013 von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr in Stuttgart-Nord** ein. Die Sprechstunde findet am **Infostand der CDU, Ecke Stresemannstraße/Am Kochenhof (Killesberg Höhe)** statt. Natürlich sind auch Gespräche außerhalb dieses Termins möglich. Zur Terminvereinbarung wenden Sie sich bitte an eines meiner Büros.